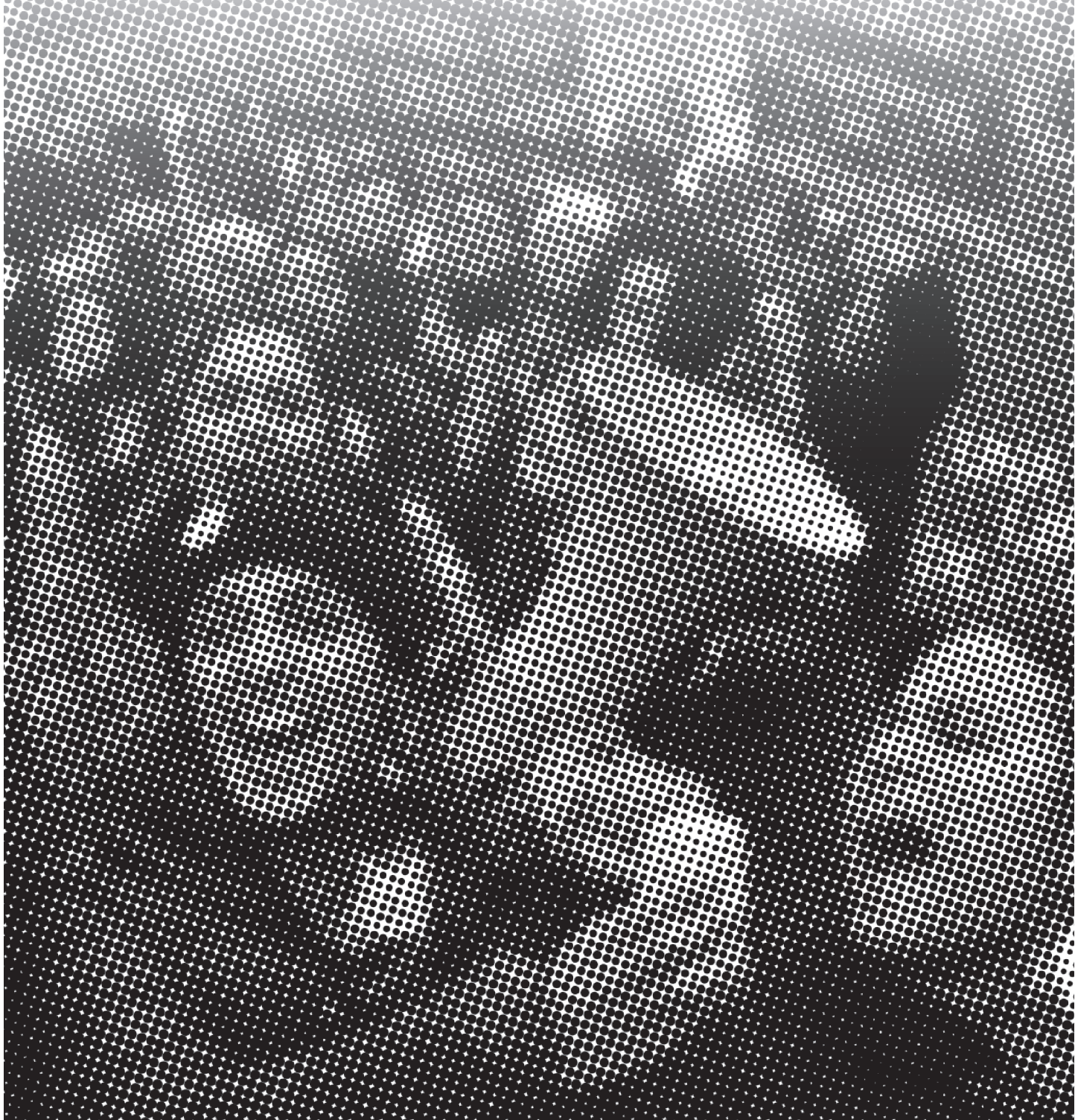


1. mai

ZEITUNG FÜR KLASSENKAMPF UND REVOLUTION



Seite 4 **2 Jahre Ampel - Eine Bilanz** | Seite 6 **Sparpolitik und Schuldenbremse** | Seite 8 **Rechtsruck und Rassismus** | Seite 12 **Die Rechte Welle brechen** | Seite 14 **Frieden und Freiheit für Palästina** | Seite 16 **Der deutsche Imperialismus** | Extra: **Revolutionäre Geschichte, Poster, Rätsel**

Wer wir sind

Perspektive Kommunismus hat sich im April 2014 gegründet. Wir sind kommunistische Gruppen aus verschiedenen Städten im Bundesgebiet, die einen Beitrag zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation leisten wollen. Wir sind nicht die Einzigen, die den Bruch mit dem Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft anstreben. Deshalb ist der Kontakt und die gemeinsame Arbeit mit anderen linken und revolutionären Gruppierungen ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Es geht uns darum, revolutionäre Politik in einer lebendigen, klassenkämpferischen Bewegung weiterzuentwickeln, als selbstständiger Teil der alltäglichen Kämpfe, ohne sich dabei in ihnen zu verlieren oder nur treiben zu lassen. Eine aktive Praxis, der Aufbau selbstbestimmter Organisationen und die Entwicklung einer vielschichtigen Gegenmacht von unten sind für uns wesentlich.

Ausgangspunkte unserer Arbeit sind immer die konkreten Felder von Protest und Widerstand in den einzelnen Städten: Für Solidarität und gemeinsame Stärke unter den Lohnabhängigen, gegen die Gefahr von Rechts und staatlicher Repression, für den Kampf gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen, gegen imperialistische Kriege und Umweltzerstörung und für internationale Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten weltweit.

Mehr Infos:

▷ perspektive-kommunismus.org

Impressum

Verantwortliche im Sinne des Presserechts:
F. Beck, Bahnhofstr. 3, Duisburg
Kontakt: Bitte ausschließlich per Mail an:
mail@perspektive-kommunismus.org
creative commons: Perspektive Kommunismus,
April 2024

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des/der Absender:in bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem/der Absender:in unter Angabe des Grundes der Nicht-aushändigung zurückzusenden.



Liebe Leser:innen,

ihr haltet ein Exemplar der 1. Mai-Zeitung von Perspektive Kommunismus in den Händen. Doch warum geben wir diese Zeitung überhaupt Jahr für Jahr heraus? Der 1. Mai ist für uns der Tag an dem wir den Kampf für eine bessere Welt auf die Straße tragen. Und dieser Kampf hat viele Gründe.

Der Krieg gegen die Palästinenser:innen muss enden, der Krieg in der Ukraine und die um sich greifende Militarisierung muss gestoppt werden. Der Rechtsruck und seine Folgen, wie Angriffe auf Migrant:innen, rassistische Hetze, Abschiebepolitik und Deportationspläne gehören bekämpft. Morde an Frauen weil sie Frauen sind, patriarchale Verhältnisse, Doppelbelastung im Job und Haushalt und Sexismus müssen enden. Klimagerechtigkeit, höhere Löhne und niedrigere Arbeitszeiten müssen jetzt schon durchgesetzt werden. Christian Lindners Hetze gegen Arbeitslose und Geflüchtete, Baerbocks und Habecks Kriegsbegeisterung und Aufrüstungswahn, Merz' und Söders widerliches Ausspielen und Aufhetzen - dem widersprechen wir. Genauso wie der Heuchelei eines Scholz und seiner SPD, die auf sozial machen und doch immer wieder dieselbe marktorientierte Politik liefern. Der Kapitalismus im Ganzen und der Imperialismus mit seiner weltweiten Ausbeutung müssen revolutionär überwunden werden. Und zwar durch die unterdrückten, ausgebeuteten Menschen selbst - durch die Arbeiter:innenklasse.

Der revolutionäre 1. Mai ist seit über 100 Jahren der Kampf- und Gedenktag der Arbeiter:innenklasse. An diesem Tag kommen wir zusammen - auf revolutionären Demonstrationen, Gewerkschaftsdemos, bei Aktionen und Kulturfesten. Mit dieser Zeitung wollen wir uns auch inhaltlich mit aktuellen Themen und drängenden Fragen auseinandersetzen - denn diese Welt zu verstehen ist die Voraussetzung dafür, sie zu verändern.

Für eine kommunistische, revolutionäre Perspektive und eine Welt frei von Ausbeutung, Krieg und Faschismus!

Viel Spaß beim Lesen, wir sehen uns auf der Straße! ■

Dezember 2021
Ampelkoalition startet: Große Versprechen von sozialer Politik, Klimaschutz, Frieden, Fortschritt.

Mai 2022
„LNG-Beschleunigungsgesetz“ verankert klimaschädliches Flüssiggas als Energiequelle.

Mai 2022
9-Euro-Ticket eingeführt - eine Maßnahme, die tatsächlich viele finanziell entlastet und den Umstieg auf öffentlichen Verkehr erleichtert - wird direkt nach 3 Monaten wieder abgeschafft.

Herbst 2022
Lebensmittelkonzerne und Energiekonzerne machen durch steigende Preise und ihre Monopolstellung Rekordgewinne in der Krise. Die Ampel lehnt jede Art von Übergewinnsteuer ab - in vielen anderen europäischen Regierungen werden solche Steuern zur Umverteilung der Krisenlasten umgesetzt.

März 2023
Ergebnis des Gipfeltreffens der Koalition zum Thema Klima: Hunderte Kilometer neue Autobahnen und Aufweichung der Klimaschutzziele.

August 2023
Nach monatelanger Diskussion zur Kindergrundsicherung: Ein Kompromiss, der mit 2,4 Milliarden € ein Tropfen auf den heißen Stein der Kinderarmut ist - inzwischen ist mehr als jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Finanzminister Lindner droht gleichzeitig, das sei jetzt „die letzte größere Sozialreform“.

November 2023
„Wachstumschancengesetz“ verabschiedet: Es beinhaltet Entlastungen für Unternehmen von 32 Milliarden Euro.

Dezember 2023
Ampel streicht Agrarsubventionen und löst massive Proteste von Landwirt:innen aus.

Ab 1.1.2024
Höhere Netzentgelte und Co2-Preis, Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Gas und Gastronomie: Unter'm Strich zahlen vor allem Geringverdienere:innen und Alleinerziehende ab diesem Jahr mehr Steuern, Gutverdienende profitieren.

Januar 2024
Ampel beschließt leichtere und schnellere Abschiebungen.

Februar 2024
Während Sparpläne bei Sozialem, Kultur, Renten und Klimaschutz auf den Weg gebracht werden, kündigt Finanzminister Lindner eine Steuerreform an, die deutschen Unternehmen Milliarden schenken soll.

Februar 2022
Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine: „Zeitenwende“-Rede von Olaf Scholz: Das Tabu von Waffenlieferungen in einen laufenden Krieg fällt und Aufrüstung der Bundeswehr wird angekündigt, Milliardenlieferungen von Waffen an die Ukraine folgen.

Mai 2022
„Feministische Außenpolitik“-Baerbock warnt vor Kriegsmüdigkeit und will an Sanktionen gegen Russland festhalten, auch wenn dadurch Lebensmittel- und Energiepreise für Verbraucher in Deutschland steigen.

Juni 2022
100 Milliarden-Paket für die Aufrüstung der Bundeswehr in Rekordzeit verabschiedet.

November 2022
Einigung auf „Bürgergeld“ statt Hartz IV: Außer dem Namen ändert sich vor allem, dass ab sofort ab dem ersten Tag Sanktionen möglich sind.

Juni 2023
Subventionen für neues Intel-Werk Nähe Magdeburg beschlossen: 10 Milliarden geschenkt plus billigen Strom für 10 Jahre. Auch andere Großkonzerne wie z. B. Bosch erhalten Subventionen für neue Halbleiterwerke.

November 2023
Bundesverfassungsgericht erklärt die Haushaltspläne der Ampel für ungültig. Deren Reaktion? Kürzungen in allen öffentlichen und sozialen Bereichen werden vorbereitet.

Dezember 2023
Ampel-Politiker:innen stimmen der EU-Asylrechtsreform zu, die unter anderem Gefangenenlager an den EU-Außengrenzen beinhaltet und das Recht auf Asyl faktisch abschafft.

Januar 2024
Baerbock will Lieferung von Eurofighter Kampfflugzeugen an das reaktionäre Königshaus Saudi Arabien ermöglichen.

Februar 2024
Die neue „Bezahlkarte“ für Geflüchtete wird eingeführt: Sie verlieren damit das Recht, mit ihrem Geld selbstbestimmt ihr Leben zu bestreiten, können nur in bestimmten Läden und in ihrem Landkreis einkaufen und dürfen nur ein „Taschengeld“ in bar abheben. Das bedeutet: Weitere Stigmatisierung und Bevormundung derjenigen, die in Deutschland sowieso schon am wenigsten Rechte haben.

2 JAHRE AMPEL - EINE BILANZ

4

Alle reden über die Ampel, aber was hat sie denn tatsächlich gemacht? Ist ihre Politik tatsächlich „fortschrittlich“?

Mit Knüppel und Überwachungskamera

Auffällig ist bei der Politik der letzten Jahre nicht nur wie unsozial sie ist, sondern auch wie die Reichweite von Bullen und Justiz ausgebaut wird. Gegen alle Bewegungen, die sich nicht brav fügen, sondern Widerstand leisten - oder einfach nur nicht ins Bild der Herrschenden passen. Ein Beispiel sind Fußballfans. Ein Verband von Faninitiativen schrieb dazu: „Wasserwerfer, Ganzkörperkontrollen und Drohnenüberwachung gehören mittlerweile zum Standard-Repertoire der Polizei - selbst bei Spielen in der 3. Liga“. Auch linke Gruppen sind immer häufiger mit Bespitzelung, Überwachung und Hausdurchsuchungen mit gezogener Waffe konfrontiert - häufig wegen geringfügiger Vorwürfe. Gleichzeitig können sich rechte Netzwerke in Bundeswehr und Polizei vergleichsweise

ungestört ausbreiten, Todeslisten erstellen und Waffenlager anlegen.

Der Polizei wurden in diversen neuen Polizeiaufgabengesetzen weitreichende Befugnisse erteilt, bis hin dazu vermeintliche Störer:innen nur auf Verdacht bis zu einem Monat einzusperrern. Erprobt wurde das erstmals in Bayern gegen Mitglieder der Letzten Generation. Auch von ihrer Ausrüstung her - Taser, Sturmgewehre, gepanzerte Fahrzeuge - gleicht die Polizei immer mehr einer Armee.

Der Ausbau von Repression dient auch immer dazu Widerstand im Keim zu ersticken. Das bedeutet, den Herrschenden ist selbst bewusst, wie ihre Politik bei der Mehrheit der Menschen ankommt! Sie fürchten sich davor, dass wir uns massenhaft dagegen wehren.

Legal kiffen!

In aller Munde war seit Beginn der Ampel-Koalition die Legalisierung von Cannabis. Jetzt ist sie da. Hört sich doch erstmal nett an. Dass nicht mehr pro Jahr über 200.000 (!) Menschen ein Strafverfahren bekommen, weil sie einen Joint in der Tasche hatten, ist natürlich was gutes. Auch dass die Millionen Konsument:innen von Cannabis in Zukunft keine Angst mehr vor verunreinigtem Zeug haben müssen. Aber bei der Politik, die die Ampel sonst so betreibt, drängt sich doch der Gedanke auf, ob sie das Kiffen nur legalisieren, damit wir den ganzen Rest vergessen!

▼ v. l. n. r.: Austauschbare Berufspolitiker:innen der Ampelparteien.

Unter'm Strich:

Waffenlieferungen

Auf Rekordhoch!

Steuersenkungen

Für Reiche!

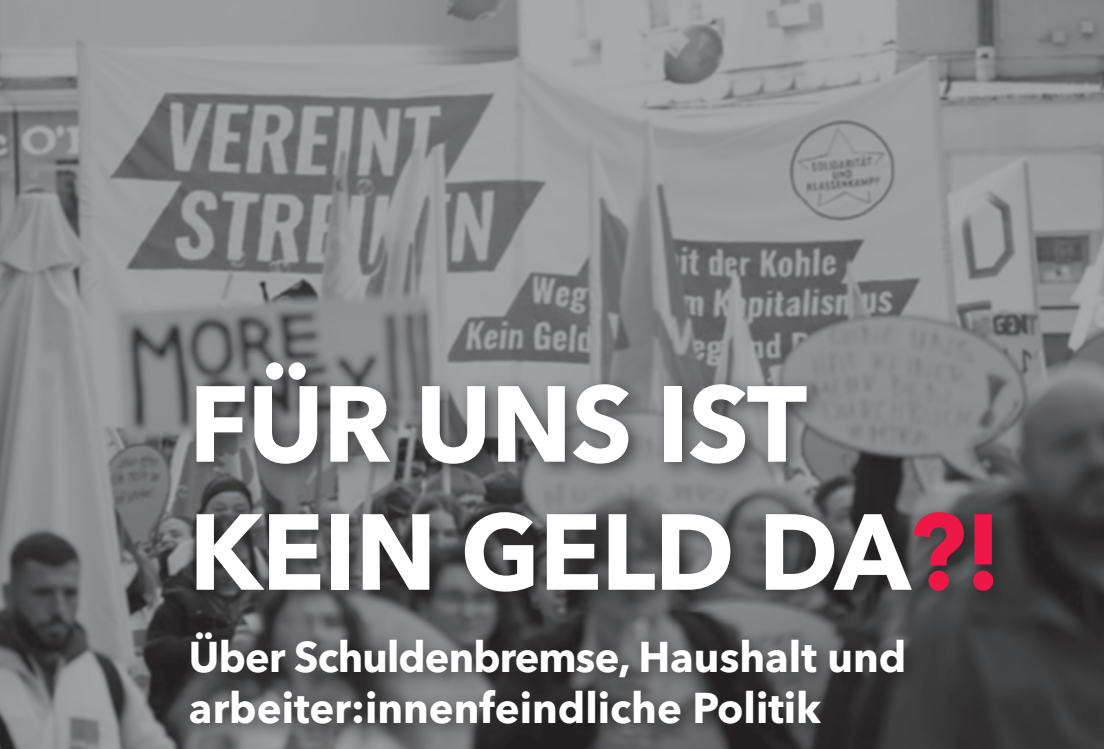
Klimaversprechen

Verheißt!

Öffentliche Daseinsfürsorge

Zusammengespart!





FÜR UNS IST KEIN GELD DA?!

Über Schuldenbremse, Haushalt und arbeiter:innenfeindliche Politik

Kürzungen bei Sozialleistungen, Erhöhung des CO₂-Preises ohne Sozialausgleich, über 8 Milliarden Euro weniger für das Gesundheitswesen, knapp 750 Millionen weniger Investitionen in die Schiene und den öffentlichen Nahverkehr.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse war das Signal für die Bundesregierung, einen harten Sparkurs einzuläuten. Aber was steckt hinter der Debatte um die Staatsschulden?

Beim Thema Staatsausgaben denkt man schnell an Schulen und Straßenbau. Aber die Aufgabe des Staates ist es in erster Linie, einen vielversprechenden Rahmen für kapitalistisches Wachstum zu schaffen. Durch Anreize, Investitionen in Infrastruktur und Steuerpolitik versucht er die Gegebenheiten für Konzerne möglichst günstig zu gestalten. Staatliche Ausgaben, die dafür benötigt werden, sind zum großen Teil über Schulden finanziert und sind wie jede Investition eine Spekulation auf die Zukunft, auf größeres Wirtschaftswachstum, höhere Profite und damit höhere Einnahmen.

Kein neues Problem!

Seit den 80er Jahren befindet sich der Kapitalismus in den westlichen Industrienationen permanent in der Krise. Die rasanten Wachstumszahlen der

Nachkriegszeit sind nie wieder erreicht worden. Also reagierte die Politik auch in Deutschland mit der neoliberalen Wende: Radikaler Abbau des Sozialstaates, Aufbau eines Niedriglohnssektors und Politik der freien Kapitalmärkte. Gleichzeitig wurden in der Finanzkrise 2008/09 Banken und Konzerne mit hunderten Milliarden Euro gerettet. Die kurz darauf eingeführte „Schuldenbremse“ soll offiziell verhindern, dass die Regierung zu viele neue Schulden aufnimmt. Sie ist aber vor allem ein Instrument, um diese neoliberale Politik zum Gesetz zu machen und der Bevölkerung als unumgänglich zu verkaufen. Dass es hier um Kapitalinteressen geht, zeigt sich schon daran, dass die Schuldenbremse nie bei Unternehmensrettungen oder Ausgaben für Aufrüstung (wie aktuell das 100 Milliarden-Paket) „bremst“. Heute stellt sich das deutsche Kapital darauf ein, seinen Einfluss in der Welt zunehmend mit Waffengewalt zu verteidigen. Dafür wird eine massive Aufrüstungskampagne gefahren, die hunderte Milliarden für Kriegsgüter und die Bundeswehr verschlingt. Und das in einer wirtschaftlich schwachen Lage: Im Zuge des Ukraine-Kriegs gestiegene Energiekosten, Deindustrialisierung, ein schwächelnder Bausektor und eine schon seit Jahren bröckelnde Infrastruktur sorgen für schlechte

Prognosen in deutschen Vorstandsetagen. Der verschärfte Sparkurs der Ampel ist eine Reaktion darauf und die Vorbereitung auf härtere Zeiten.

Krieg und Krise - auf unserem Rücken?!

Den eigentlichen Preis dafür haben nun die Lohnabhängigen in Deutschland zu zahlen: Während Steuererleichterungen für Unternehmen durchgesetzt werden, müssen wir durch die Wieder-Erhöhung der Mehrwertsteuer und fehlende Ausgleichszahlungen für die CO₂-Steuer seit Anfang 2024 tiefer in die Tasche greifen. Bezieher:innen des ohnehin schon viel zu niedrigen Bürgergeldes werden härter sanktioniert und Zusatzzahlungen gestrichen. Investitionen in Kultur, öffentliche Infrastruktur und Bildung werden heruntergefahren.

Es ist ein Kampf im Gange, bei dem die Herrschenden von unten nach oben umverteilen. Ein Ende dieses Irrsinns wird erst mit dem Ende ihrer Herrschaft, dem Ende des profitgetriebenen Wirtschaftssystems, des Kapitalismus, möglich sein. Auf dem Weg dorthin ist es aber auch schon heute wichtig Widerstand zu leisten. Ein breiter sozialer Kampf gegen diese Verarmungspolitik, wie er in Ansätzen zuletzt gegen die Einführung von HartzIV geführt wurde, wäre auch heute dringend nötig. Ansatzpunkte dafür sind unter anderem:

▷ Betriebliche Kämpfe

Im öffentlichen Dienst, der Lehre, der Pflege und in Krankenhäusern - die Streiks und Arbeitskämpfe, die hier geführt werden, sind zugleich politische Kämpfe gegen staatliche Sparmaßnahmen. Der öffentliche Dienst wird schließlich aus der Staatskasse finanziert. Lasst uns die Streikenden bei jeder Gelegenheit unterstützen!

▷ Frauenkampf

Erziehung, Kranken- und Altenpflege, oder Sorgearbeit sind noch immer weiblich geprägt. Wenn im

sozialen Bereich gespart wird, sind Frauen zuerst davon betroffen. Darum sind Frauenkampf und Klassenkampf eng miteinander verbunden (mehr dazu im folgenden Interview)

▷ Kampf gegen Rechts

Wann immer durch Einsparung soziale Schieflagen entstehen, sind die braunen Rattenfänger nicht weit und versuchen soziale Pro-

teste zu kapern und in ihrem Sinne umzudeuten. Auch der Kampf gegen diese rechte Hetze ist Teil des Klassenkampfes! (mehr dazu auf den Seiten 12-13)

Interview mit einer Erzieherin

„WIR MÜSSEN UNS ZUSAMMENSCHLIESSEN. UM GEMEINSAM ZU KÄMPFEN.“

Was sind die Effekte der falschen Sozialpolitik der Regierung und dieses Systems?

Wir haben mit Tati gesprochen, die Erzieherin und gleichzeitig gewerkschaftlich, feministisch und klassenkämpferisch aktiv ist.



Tati H., 42 Erzieherin

Welche Fragen beschäftigen dich und deine Kolleginnen aktuell am meisten?

Tati: Sowohl wir als auch die Eltern spüren natürlich die verschiedenen Krisen. Das geht von steigenden Preisen bis hin zur Wahrnehmung, dass

Aggressionen und Stress steigen. Auch die Kinder kriegen das mit. Als Erzieherinnen spüren wir etwa Teuerungen wegen unserer Bezahlung

sehr stark. Dauerbrenner ist natürlich auch die dünne Personaldecke.

Wie geht ihr damit um?

Tati: Wir müssen uns zusammenschließen um gemeinsam zu kämpfen. Wir spüren mittlerweile viel Sympathie für unsere Anliegen! Die Solidarität untereinander und von den Eltern stärkt auch unsichere Kolleginnen. Dabei kommt unserer Gewerkschaft eine zen-

trale Rolle zu. Die Streiks in der Branche gäbe es ohne ver.di nicht. Ich denke auch, dass man die Trennung in Beschäftigte und Gewerkschaft nicht so stark machen sollte. Wir Kolleg:innen bilden die Gewerkschaft gemeinsam und sollten ihren Kurs prägen. Natür-

lich müssen wir uns dafür auch um eine kämpferische Linie darin bemühen. Aber selbst das reicht für mich noch nicht. Arbeitskämpfe für mehr Lohn oder Entlastung sind ein wichtiger Anfang, für wirkliche Veränderung braucht es aber auch politische Initiativen.

Wie meinst du das?

Tati: Die feministische Frauenstreikbewegung besteht aus mehr als nur Erziehenden. Sie vereint uns als arbeitende Frauen, ob wir im Kranken-

haus, in der Schulbetreuung oder eben Zuhause arbeiten. Am 8. März gehen wir nicht nur auf die Straße für mehr Lohn, sondern auch gegen

Femizide, für gleiche Bezahlung und gegen patriarchale Verhältnisse. Und für den Zusammenschluss der Frauen in der Arbeiter:innenklasse.

Und was wäre wirkliche Veränderung? Wie sieht die aus?

Tati: Wirkliche Veränderung muss eine Gesellschaft zum Ziel haben, die Kinder eben nicht als Ware behandelt und Erziehung als etwas, das schnell schnell von wenigen gemacht

werden soll. Diese Gesellschaft erreichen wir nicht mit Fingerschnippen, sondern in dem wir uns für sie organisieren und für sie kämpfen. Das fängt mit der Gewerkschaft an, geht

über die feministische Frauenstreikbewegung bis hin zur Organisation in linken und kommunistischen Gruppen. Und das alles machen wir als Erzieher:innen und Frauen. ■

30 Millionen € für
18 Leopard 2 Kampfpanzer
vs.
500 Sozialwohnungen



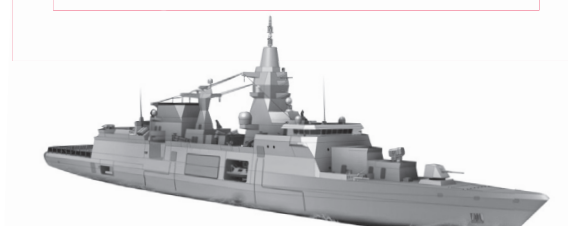
827 Millionen € für
eine Fregatte 125
vs.
Lebenshaltungskosten von über



6 Milliarden € für
die Lufthansaretterung
vs.



Bis zu
1.2 Milliarden € für
ein Mehrzweck-Kampfschiff 180
vs.



680 Millionen € für
Rettung Signal Iduna / Rene Benko
vs.
Kürzungspaket der



DER FLÜCHTLING IST SCHULD?!

Zur Zeit wird von allen Seiten gegen geflüchtete Menschen gehetzt. Egal ob zu wenig Geld für Soziales da sein soll, der Antisemitismus steigt oder zu wenig Wohnungen da sind – „der Flüchtling“ soll irgendwie schuld sein. Deswegen scheint es plötzlich etwas positives zu sein, „besser abzuschieben“, gegen Seenotrettung im Mittelmeer vorzugehen oder auch das Auslagern von Asylanträgen in andere Länder. Doch worum geht es eigentlich? Schauen wir uns ein paar beliebte Stammtischparolen genauer an.

„Die kommen doch alle nur her, um uns auszunutzen!“
Rechte Medien und Hetzer behaupten gerne, dass geflüchtete Menschen hier seien, weil sie „unsere“ Sozialsysteme ausnutzen wollen würden. Die Wahrheit ist: Geflüchtete Menschen kommen niemals wirklich freiwillig nach Europa. Es sind unwürdige, grausame und tödliche Lebensumstände, Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung, die Menschen zum fliehen bringen. Nicht, weil jemand „Lust“ dazu hat. Ja, im Westen von Europa gibt es relative Stabilität und dazu wenigstens ein paar bürgerliche Rechte und Arbeitsschutz. Für diese grundlegenden Bedürfnisse nach Überleben und Sicherheit nehmen Menschen während der Flucht schreckliche Gefahren auf der Flucht auf sich, lassen ihr früheres Leben zurück. Niemand macht das aus Spaß.

„Den Flüchtlingen geht es hier viel zu gut!“
Hier angekommen leben Geflüchtete alles andere als im Paradies: In Lagern unter unwürdigen Bedingungen eingesperrt und überwacht, werden sie regelmäßig von der Polizei schikaniert und angegriffen. Sie sind die Bevölkerungsgruppe, die die wenigsten Rechte besitzt und der größten Willkür der Behörden ausgesetzt ist. Oft haben sie jahrelang keine Arbeitserlaubnis. Diese prekäre Lage wird von vielen Unternehmen, zum Beispiel auf dem Bau und in der Gastronomie, ausgenutzt, um sie unangemeldet zu Dumpinglöhnen und ohne Arbeitsschutz und Sozialversicherung zu beschäftigen. Aktuell wollen CDU-Politiker:innen umsetzen, dass Geflüchtete für 80 Cent die Stunde zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden können. Die rechtliche Grundlage dafür ist schon 30 Jahre alt und wurde zuletzt von der SPD beschlossen. Und auch auf dem offiziellen Arbeitsmarkt: Bewusst werden Abschlüsse und Ausbildungen aus der Heimat nicht anerkannt – das spart beim Lohn. Der neue Sonderbeauftragte der Regierung, Daniel Terzenbach: „Wir sollten uns auf die Menschen konzentrieren, die die Wirtschaft braucht“. Es geht der Politik und dem Kapital also um Verwertbarkeit für die deutsche Wirtschaft und wenn das nicht möglich ist, schnelle Abschiebung.

„Deutschland kann nicht die ganze Welt retten“
Erstmal: Nur ein Bruchteil der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, landen in Deutschland. Die Länder mit den meisten registrierten Geflüchteten sind die Türkei, der Iran und Kolumbien, Millionen Geflüchtete befinden sich in bitterarmen afrikanischen Ländern wie dem Sudan. Finanziell wäre es kein Problem für Deutschland, noch mehr Menschen aufzunehmen. Dass sowieso schon an allen Ecken und Enden am Sozialen

gespart wird und es viel zu wenig bezahlbare Wohnungen gibt, hat mit Geflüchteten nichts zu tun, sondern das sind generelle Probleme. Zweitens: Woher kommen die Kriege und die Ausbeutung, die Menschen zum fliehen bringen, eigentlich? Sie werden erzeugt. Es sind deutsche, europäische und nordamerikanische Unternehmen, die mit chinesischen und russischen um Märkte und Rohstoffe konkurrieren und ganze Länder ausbeuten. Es sind deutschen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, die die Häuser der Menschen zerstören. Deutsche Unternehmen produzieren in armen Ländern und lassen Menschen für Billiglöhne arbeiten die damit ihre Familien nicht ernähren können. Außerdem sind westliche Firmen in unzähligen Fälle für Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Vergiftung der Böden, des Wassers und nicht zuletzt für den Klimawandel mitverantwortlich. Solche menschengemachten Umweltkatastrophen sind ein weiterer Grund, warum Menschen ihre Heimat verlassen. Es ist also nicht nur richtig: Doch, Deutschland könnte noch viel mehr tun! Sondern auch: Es wäre ein Anfang wenn deutsche Firmen aufhören würden, Fluchtursachen zu produzieren!

„Was soll uns das alles interessieren?“
Liberalen, Sozialdemokraten und Konservative machen Politik auf dem Rücken der arbeitenden Menschen, am deutlichsten wird das daran, wie sie am Sozialen sparen und gleichzeitig Kriege und Aufrüstung hochschrauben. Das Leben wird für uns alle immer teurer während die Löhne kaum steigen. Um uns zu spalten und um Protest dagegen klein zu halten, braucht es eine Bevölkerungsgruppe die sich nicht wehren und als Sündenbock erhalten kann: Aktuell sind das die Geflüchteten. Abgesehen davon, dass jede:r in die Position kommen kann, fliehen zu müssen und auf Solidarität angewiesen zu sein – mit den einfachen Menschen aus aller Welt haben wir weit mehr gemeinsam als mit den Vorständen der Deutschen Bank oder anderen Ausbeutern. Wir Kommunist:innen stehen für die Interessen der arbeitenden Klasse ein – egal wo sie herkommt. Wir kämpfen gegen die Verhältnisse die Flucht erzeugen. Und für eine Welt, in der nicht Deutschland und andere reiche Länder den Rest der Welt ausplündern. ■



▲ Immer entwürdigenderer Umgang mit Geflüchteten: Gefängnisartige „Anker“-Zentren in Deutschland; Großbritannien setzt Schiffe vor der Küste zur Unterbringung ein; Italien plant in Albanien riesige Auffanglager, damit die Menschen gar nicht erst die EU erreichen und Asylanträge stellen können.

GEGEN JEDEN RASSISMUS!



Der systematische Hass gegen Menschen, die nicht „bio-deutsch“ sind, trifft nicht nur Geflüchtete. Egal ob 2., 3. oder 4. Generation, ob im Facharbeiterjob oder in der U-Bahn, alle die hier leben und das „falsche“ Aussehen haben, werden früher oder später mit Rassismus konfrontiert. Der Staat und die momentanen Regierungsparteien sind angeblich alle „für Vielfalt“. Ist also Rassismus nur das Vorurteil einer dummen Minderheit? Nein, Rassismus ist Alltag in Deutschland. Bei Behörden: Unsicherer Aufenthaltsstatus selbst nach Jahren und Generationen in Deutschland, immer bedroht von der Abschiebung. Auf der Straße: Polizist:innen, die migrantisch aussehende Jugendliche von öffentlichen Plätzen vertreiben. In den Medien: Menschen mit jugoslawischer, türkischer, kurdischer, arabischer und afrikanischer Herkunft werden systematisch abgewertet. „Kopftuchmädchen, Parallelgesellschaft, Integrationsverweigerung“. Das sind die Erzählungen, die zu den Anschlägen von Hanau und Halle, zum NSU, zu Polizeimorden an Migrant:innen und 2023 einem neuen Höchststand von Anschlägen auf Geflüchtetenunterkünfte beigetragen haben. Migrant:innen haben Deutschland und die deutsche Wirt-

schaft mit aufgebaut, sollen jetzt aber die Klappe halten, die Drecksarbeit verrichten oder wieder verschwinden. Die einzigen in den Augen der Herrschenden „nützlichen“ Migrant:innen sind die, die verwertet werden können. Es gilt also nicht nur gegen den Rassismus von Rechten und Nazis zu kämpfen, sondern auch und gerade gegen den Rassismus des Staates, der Bullen und der Politik. Denn nur wenn wir uns nicht nach unserer Herkunft oder Hautfarbe spalten lassen, können wir eine Perspektive erkämpfen, in der nicht die Bonzen über unser Leben entscheiden, sondern wir als arbeitende Klasse selbst. ■



▲ Die Zahl der Toten auf den Fluchtrouten nach Europa war 2023 auf einem Rekordstand, über 8000 Menschen starben vor allem im Mittelmeer. Gleichzeitig wird mit dem neuen EU-Beschluss zur Migration (GEAS) Seenotrettung noch mehr kriminalisiert.

Aber was sagt die bürgerliche Politik abseits der AfD zu Migrant:innen und Geflüchteten?



„Asylbewerber sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen und die deutschen Bürger nebdanran kriegen keine Termine.“
Friedrich Merz (CDU)

Zahnarzt-Wartezimmer eignen sich also auch für absurde Hetze. Problem soll also nicht das marode Gesundheitssystem oder die Zwei-Klassen-Medizin sein, sondern „der Flüchtling“! Auf sowas kommt man wohl nur, wenn im Privatflieger auf dem Weg nach Sylt die Luft dünner wird.

An die SPD glauben wir schon sehr sehr lange nicht mehr. Sie an ihren Namen offensichtlich auch nicht. Oder wieso übernimmt sie jeden Talking-Point von CDU und AfD? Na gut, 100 Jahre auf Seiten der herrschenden Klasse tun dem eigenen Profil eben nicht gut.

„Wir müssen endlich im großen Stil abschieben.“
Olaf Scholz (SPD)



„Ich will nicht sagen, das war alles super. Auch mich hat es zerissen.“
Annalena Baerbock (Grüne)

So geht Zustimmung zur Abschaffung des Asylrechts in Grün. Mit schweren Schuldgefühlen lässt man Menschen im Mittelmeer ertrinken. „Rückführungsverbesserungsgesetz“ nennt sich das dann. Dass die Grünen gut darin sind, beschönigende Worte für mörderische Politik zu finden, wissen wir spätestens seit den Waffenlieferungen im Rahmen der „feministischen Außenpolitik“.

Wir dachten es gehört zum Selbstverständnis eines neoliberalen Politikers allgemein „nichts zu tun“. Der Markt regelt doch alles! Das Ausspielen von unterdrückten Gruppen gehört zwar zum Standard schleimiger Investment-Politiker. Es überrascht aber doch immer wieder ein bisschen, dass gerade Christian Lindner, der sich seine Hochzeit aus Steuern bezahlen lässt und sein restliches Leben ansonsten vom Porsche-Konzern, so tut als könne er Leistung definieren. Währenddessen putzen migrantische Frauen für einen Hungerlohn Büros und leisten an einem Tag mehr, als Christian in seinem gesamten Leben.

„Es ärgert mich dass in unserem Land Menschen Geld kriegen fürs Nichtstun. Deshalb kürzen wir die Leistungen für Asylbewerber. Deshalb sparen wir 1 Milliarde Euro beim Bürgergeld. Wir dürfen es nicht länger tolerieren wenn Menschen sich weigern zu arbeiten.“
Christian Lindner (FDP)



Die Rechte Welle brechen

Rechte Politik auf dem Vormarsch

Der Rechtsruck in Deutschland ist überall spürbar: Abschiebungen werden hochgeschraubt, Hetze gegen Zuwanderung und immer offener stellen Politiker:innen Grundrechte in Frage, wenn es um Migrant:innen und Geflüchtete geht. Die etablierten Parteien der Ampel setzen diese Politik bereitwillig um und die CDU/CSU hetzt fröhlich mit, aber keine andere Partei profitiert so sehr von der rechten Stimmung im Land und treibt sie gleichzeitig so sehr voran wie die AfD.

Der Aufstieg der AfD passiert nicht aus heiterem Himmel, sondern in einer Situation, in der steigende Lebenshaltungskosten, ständig drohender Existenzverlust und multiple Krisen das Leben von Millionen von Menschen bestimmen. Legitime Ängste schaffen die Basis für die Propaganda der AfD, die die sozialen Fragen rassistisch beantwortet, statt wirkliche Lösungen anzubieten.

Im Gegenteil: Die AfD steht für massive Angriffe auf die arbeitende Klasse. Sie ist zwar schnell darin, zu versuchen sich an die Spitze jeder Protestbewegung zu stellen, wie zuletzt an die der Landwirte. Wenn man sich das Programm der AfD und ihr Abstimmungsverhalten anschaut, sieht man aber, wofür sie wirklich stehen: Knallharter Neoliberalismus auf der einen Seite und mehr oder weniger offene faschistische Ideen auf der anderen. Die Recherche des Magazins Correctiv enthüllte was schon lange in AfD-Kreisen diskutiert wird. Migrant:innen und geflüchtete Menschen sollen deportiert und massenhaft abgeschoben werden. „Kein Geheimplan – sondern ein Versprechen“ so kommentierten AfD-Politiker die Aufdeckung.

AfD – Arbeiter:innenfeinde für Deutschland

Auch das ist AfD-Programm: Sozialhilfe, Renten, Kindergeld kürzen, das Renteneintrittsalter anheben, Mindestlohn senken, Wohngelder streichen. Wie es damit irgendwem besser gehen soll, lässt die AfD offen. Schon jetzt stimmt die AfD vielen Privatisierungsvorschlägen aus der FDP voll und ganz zu. Gewinnen tun Großunternehmen und Banken. Der arbeitnehmerfeindliche Charakter der AfD zeigt sich auch an ihrem Verhältnis zum Arbeits- und Streikrecht. Die AfD verteidigte Streikverbote im Bundestag, sie bringt immer wieder Initiativen gegen Tarifverträge ein. Gewerkschaften will sie in faschistischer Tradition aus Betrieben verbannen. In dutzenden politischen Fragen ist die AfD immer für die rückschrittlichste Variante. Frauen dürfen in den Plänen der AfD nicht selbstbestimmt sein, sondern sollen an Küche und Familienverpflichtungen gefesselt werden. Recht auf andere Familienmodelle soll es nicht geben. Sexismus und Queerphobie gibt es bei der AfD also nicht nur hinter vorgehaltener Hand, sondern auch konkret in politische Vorschläge gegossen.

Die drohende Kriegsgefahr ist eine der großen Ängste, die die Menschen umtreibt. Im letzten Jahr trat die AfD demonstrativ auf Antikriegsdemonstrationen auf. Heuchlerisch stellte sie sich gegen die mörderischen Waffenlieferungen der Ampel. Dabei spricht ihr Programm eine andere Sprache: Sie fordert aggressive Aufrüstung, höhere NATO-Beiträge, Wiedereinführung der Wehrpflicht bis hin zu Atomwaffen für die Bundeswehr. Ein Beispiel, wie die AfD mit den Ängsten der Menschen Stimmen sammelt, während sie in Wirklichkeit Politik macht, die unser aller Interessen komplett entgegen steht!

Faschismus bekämpfen heißt AfD angreifen!

Rechte wie die AfD wollen uns weismachen, es gäbe keinen Widerspruch zwischen uns und unseren Chefs, sondern wir würden alle in einer Volksgemeinschaft leben. Aber: Es gibt kein deutsches „Wir“. Das zeigt der tagtägliche Kampf um mehr Lohn, mehr Arbeitsrechte, Renten- und Sozialregelungen. Wenn wir mehr Arbeitsrechte haben, haben sie weniger Möglichkeiten uns auszubeuten. Und die AfD verschleiert nicht nur diese Fakten, sondern steht politisch auf der anderen Seite, auf der der Ausbeuter. Sie wollen große Teile der arbeitenden Bevölkerung – Migrant:innen, Geflüchtete, Frauen, queere Menschen, Linke, arme Menschen – diskriminieren, schlechter stellen oder gleich ganz los werden.

Es gibt also gute Gründe nicht nur der AfD keine Stimme zu geben, sondern ihr auch aktiv entgegenzutreten und ihrer Hetze zu widersprechen!

Das will die AfD wirklich! Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag:

- Arbeitslosengeld I abschaffen ✓
- Erhöhung des Rentenalters ✓
- Steuern für Reiche senken ✓
- Höhere Freibeträge für Alleinerziehende ✗
- Grundrente für 1.3 Millionen Rentner:innen ✗
- Streichung des Solidaritätszuschlags ✗
- Einmaliger Kinderbonus von 300 € je Kind ✗
- Finanzielle Aufstockung des Kita-Ausbaus ✗
- Mindestvergütung für Auszubildende ✗
- Mehr Investition in Ganztagsbetreuung ✗
- Entlastung von armen Menschen durch Reduzierung von Sozialversicherungsbeiträgen ✗
- Erhöhung der Erwerbsminderungsrente und Erziehungs- und Hinterbliebenenrente ✗
- 5 Milliarden für den sozialen Wohnungsbau ✗
- Bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie ✗
- Chancen für Arbeitslose durch Lohnzuschüsse ✗
- Besserer Schutz für Paketbot:innen durch Nachunternehmerhaftung ✗

Alle zusammen gegen die AfD?

Nach der Correctiv-Recherche gingen spontan hunderte Menschen gegen die AfD auf die Straße, angewidert von deren offenen Deportationsplänen. Und natürlich versuchte auch die Regierung und selbst die Union Kapital aus den Protesten zu schlagen. Während sie gleichzeitig für mehr Abschiebungen stimmten, präsentierten sich Baerbock, Habeck und Co auf den Demos „gegen rechts“. Es ist wichtig, mit möglichst vielen Menschen auf die Straße zu gehen und rechten Ideen eine Absage zu erteilen. Aber Faschismus bekämpfen wir nicht durch symbolische Gesten oder durch ebenso menschenfeindliche Politik unter etwas netterem Label. Rechte Politik, rechten Parteien und Ideen muss überall und immer Widerstand entgegenschlagen. Dafür brauchen wir antifaschistische Strukturen, die die direkte Konfrontation mit AfD und anderen Nazis nicht scheuen. Wirklichen Schutz vor dem Faschismus bieten bürgerliche Politik und der Staat nicht. Polizei und Bundeswehr sind von Nazis durchsetzt und Faschist:innen greifen ihre Gegner:innen gezielt mit Gewalt an. Deswegen können wir ihnen nur dann wirksam begegnen, wenn wir unsere eigene Seite aufbauen.

Konsequent gegen Nazis und für den Sozialismus!

Früher oder später wird die angebliche „Brandmauer“ zur AfD zuerst durch die CDU/CSU und dann auch durch andere bürgerliche Parteien durchlöchert werden und eine Zusammenarbeit in Regierungen wird zur Realität. Schon jetzt bringen sie sich in Stellung, reden in Hinterzimmern und taktieren. Bei der Europawahl und den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst werden alle Parteien versuchen den Themen der AfD nachzulaufen. Genau da wird klar, dass faschistische und die aktuell herrschende Politik sich zwar in vielem unterscheiden, aber beides Seiten der selben Medaille bürgerlicher Herrschaft sind. Auf die Probleme, die die Rechten nicht lösen können, gibt es jedoch eine Antwort: Sie heißt revolu-

tionäre Überwindung des Kapitalismus und Aufbau des Sozialismus. Schon jetzt organisieren sich viele Menschen für eine Gesellschaft, in der die Ursachen von Kriegen, Ungleichheit, Leid und Zerstörung nicht mehr existieren. In Gruppen und Initiativen gegen Militarisation, für Klimagerechtigkeit, Frauenkampfinitiativen, linken Betriebsgruppen, internationalistischen Organisationen und der gesamten revolutionären kommunistischen Bewegung. Bewegungen, deren Perspektiven es auch in den Anti-AfD-Protesten braucht, um sich nicht in rechten Kulturkampfdebatte und Kämpfen zwischen bürgerlichen Lagern zu verstricken.

Aktiv werden! Antifa stärken!
Zum Beispiel bei einem Offenen Antifaschistischen Treffen in deiner Stadt:



Und in den kommenden Monaten auf der Straße:
▷ Gegen den AfD Bundesparteitag in Essen vom 28.-30.6.2024
▷ Im Rahmen der Landtagswahlen im Osten im September 2024

... denn:

In der Krise werden die Faschisten zum Faktor. Das zeigte sich etwa in Griechenland in Folge der Euro-Krise 2012. Die offen faschistische „Goldene Morgenröte“ stieg in kürzester Zeit zur drittgrößten Parlamentsfraktion auf. Sie verübte gewaltsame Angriffe auf Linke, Gewerkschafter:innen und Migrant:innen, bis hin zu Terror und Mord. Auch wenn den Herrschenden in Berlin und Brüssel am Ende die, das Spardiktat der EU mittragende, „Syriza“ mehr geheuer war – das Beispiel zeigt, dass die faschistische Bewegung zur Unterdrückung von sozialen Bewegungen immer noch eine reale Option ist.



FRIEDEN UND FREIHEIT FÜR PALÄSTINA!

لتحرير فلسطين

14

Gefangen in der Kriegshölle

Der Krieg Israels gegen den Gaza-Streifen steht im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit: Er ist mit über 30.000 zivilen Toten in nur wenigen Monaten einer der heftigsten militärischen Angriffe auf eine Zivilbevölkerung in der jüngeren Geschichte. Und die direkten Opfer der Angriffe sind nur der eine Teil des Krieges. Der andere Teil ist die humanitäre Katastrophe, die vom israelischen Militär als Kriegswaffe zur Zermürbung der Bevölkerung Gazas eingesetzt wird: Weil es keine Gebiete innerhalb des abgeriegelten Küstenstreifens mehr gibt, die vor israelischen Luft- und Bodenangriffen sicher sind, befindet sich der Großteil der 2,3 Millionen Bewohner:innen auf der Flucht. Zudem ist der Gesundheitssektor in Gaza nach der Bombardierung sämtlicher Krankenhäuser zusammengebrochen. Es gibt wegen einer israelischen Totalblockade weder ausreichend Strom, noch Wasser, noch andere Nahrungsmittel. Eine Hungersnot ist bereits in vollem Gange und der Mangel an Hygiene und Medikamenten sorgt für die schnelle Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Zugleich behindert Israel lebensnotwendige Hilfslieferungen und nutzt Nahrungsmittelverteilungen als Ziele für Angriffe auf Zivilist:innen. Es gibt gute Gründe dafür, diese Art und Dimension der Kriegsführung als Genozid zu bezeichnen, zumal Teile der rechtsradikalen israelischen Regierung sich offen für die ethnische Säuberung Gazas aussprechen. Ergebnis dieser Politik ist Vertreibung und Massenmord an der Zivilbevölkerung. Und: Es ist höchst unwahrscheinlich, dass dieser Krieg die Hamas vernichten wird, wie Israel behauptet. Wahrscheinlicher ist, dass sie sich gerade wegen ihrer Unnachgiebigkeit und Zähigkeit in der gesamten Region noch stärker als Symbol des Widerstands verankern und reproduzieren wird.

Der Kontext heißt Besatzung

Der jetzige Krieg ist vor allem ein Vergeltungsschlag für die bewaffneten palästinensischen Angriffe am 7. Oktober letzten Jahres (auch wenn er das Zeug dazu hat, zu einem größeren regionalen Krieg auszuwachsen, wie sich aktuell im Jemen und im Libanon zeigt). Die militärische Operation aus dem Gaza-Streifen, an der sich verschiedene palästinensische Widerstandsgruppen unter Führung der islamistischen Hamas beteiligten, beinhaltete sowohl gezielte Angriffe auf israelisches Militär, als auch willkürliche Massaker und Gräueltaten gegen die israelische Zivilbevölkerung. Dabei wurden 1139 Menschen (von palästinensischen Kämpfern und israelischem Friendly fire) getötet - 2/3 davon Zivilist:innen - und 220 Geiseln genommen. Der Mythos, dass es der israelischen Gesellschaft Sicherheit bringen würde, wenn über 2 Millionen Paläs-

tinenser:innen seit 18 Jahren im Gaza-Streifen unter den Bedingungen einer wirtschaftlichen Blockade, in permanenter Unterversorgung, zu großen Teilen arbeits- und perspektivlos, in einer Art „Freiluftgefängnis“ eingesperrt werden, dieser Mythos wurde ebenfalls an diesem Tag zerstört. Der jetzige Krieg ist der inzwischen 5. militärische Angriff Israels auf Gaza in den letzten 15 Jahren.

Der 7. Oktober war eine gewalttätige Reaktion auf eine gewalttätige Belagerungs- und Besatzungspolitik, die von Israel in den letzten Jahren auch im Westjordanland verschärft wurde. Nicht nur, dass Palästinenser:innen dort unter Militärrecht gestellt, systematisch benachteiligt und entrechtet werden: Militante israelische Siedler:innen reißen sich dort derzeit verstärkt palästinensisches Land unter den Nagel und versuchen die einheimische Bevölkerung mit Terror einzuschüchtern und zu vertreiben - ermutigt von der rechten israelischen Regierung und unterstützt von israelischen Streitkräften. 2023 war das seit langem tödlichste Jahr für Palästinenser:innen im Westjordanland.

Widersprüche im Widerstand

Dass sich gegen diese Zustände Widerstand entwickelt, der sich auch bewaffnet gegen die Besatzungsmacht zur Wehr setzt, ist logisch und legitim. Es spielt aber eine wichtige Rolle, welche politischen Kräfte den Widerstand anführen:

Schon in den späten 60er Jahren gab es einen bewaffneten palästinensischen Befreiungskampf, der im Gesamten fortschrittlich ausgerichtet war (also säkular und demokratisch) und in dem auch revolutionäre Organisationen, wie die PFLP (Palästinensische Volksbefreiungsfront) zwar nicht führend, aber doch wirkmächtig waren: Für sie war es nicht nur ein Kampf gegen die rassistische israelische Besatzungsmacht, sondern auch gegen die Vormachtstellung des westlichen Imperialismus in der Region und gegen die kapitalistische Klassengesellschaft, für ein solidarisches Zusammenleben aller Ethnien und Religionen, für Frauenbefreiung, für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. Kurz: Für eine sozialistische Perspektive - womit er auch zum Bezugspunkt für Linke auf der ganzen Welt wurde.

Dass der Widerstand in Gaza aktuell von der islamistischen und autoritären Hamas angeführt wird, die gleichzeitig selbst unterdrückt und ausbeuten lässt, steht dieser Perspektive entgegen: Statt um Unabhängigkeit und soziale Befreiung, geht es nun um Volk gegen Volk, frauenfeindlichen Gottesstaat gegen frauenfeindlichen Gottesstaat. Es ist ein Ausdruck der Schwäche der Linken und des Aufschwungs des politischen Islam, der in der Region in enger Verbindung



zu reaktionären Mächten wie der Türkei und dem Iran steht. In ihrer Gründungsphase Anfang der 80er Jahre wurden die palästinensischen Islamisten sogar noch von Israel unterstützt, weil sie damals gegen die „gottlosen“ linken Kräfte im Widerstand vorgingen und ihre islamistische Ideologie ungefährlicher schien als sozialistisches und revolutionäres Denken. Die heutige Stärke der Islamisten ist aber kein Grund, sich vom palästinensischen Befreiungskampf abzuwenden. Im Gegenteil: Es ist umso wichtiger, aufrichtige internationale Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung sichtbar zu machen und die linken Kräfte, die sich in Palästina und Israel unter schwierigsten Bedingungen für das Ende von Besatzung und Krieg engagieren, zu unterstützen, ihnen auch hier eine Stimme zu geben. Außerdem gibt es eine lebendige internationale Solidaritätsbewegung, die von fortschrittlichen Menschen geprägt wird und viele neu politisiert.

Israelsolidarität unter der Pickelhaube

Die herrschende Auseinandersetzung zum Gaza-Krieg in Deutschland, weist aber in eine völlig andere Richtung: Im Mittelpunkt steht die bedingungslose Unterstützung Israels und seines Krieges. Das wird vor allem als Konsequenz aus dem Holocaust verkauft, hat aber den unangenehmen Beigeschmack einer Schuldverlagerung: Anstatt über die niemals wirklich erfolgte Entnazifizierung Deutschlands, über die Nazi-Kontinuitäten in Staatsapparat, Politik und Unternehmenszentralen in der jungen BRD reden zu müssen, wird mit absoluter Israelsolidarität das Problem des Antisemitismus nach Palästina verschoben. Neben dieser ideologischen Begründung dürfte besonders die geopolitische Bedeutung des Nahen Ostens und die Notwendigkeit guter Beziehungen zu pro-westlichen Mächten in der Region den deutschen Kurs beeinflussen. Das ergibt sich schon aus der aktuell starken Orientierung Deutschlands an den USA, die wiederum ein enges Verhältnis zu Israel pflegen. Der Nahe Osten ist wegen seines Ressourcenreichtums und als Handelsroute zwischen Asien und Europa hart umkämpft und nicht umsonst Schauplatz diverser Stellvertreterkriege. Auch deshalb hat Deutschland seine Waffenlieferungen an Israel seit dem 7. Oktober verzehnfacht und präsentiert sich auf dem internationalen Parkett als einer der größten Unterstützer der israelischen Kriegshandlungen.

Diese Politik können wir innenpolitisch in Deutschland spüren:

▷ Der Meinungskorridor wird, wie schon beim Ukraine-Krieg, enorm eingengt. Wer gegen die Staats-

räson der bedingungslosen Israelsolidarität verstoßt, kann mit Ärger rechnen. Zu sagen, was los ist, reicht um mediale Shitstorms, Kündigungen, Polizeiknüppel oder Anzeigen zu kassieren. Die Benennung des Massakers an der palästinensischen Bevölkerung (z.B. durch den Begriff Genozid), ihrer systematischen Schlechterstellung in den besetzten Gebieten (z.B. durch den Begriff Apartheid) und auch Forderungen nach einem Waffenstillstand (Ceasefire) werden als „einseitig“ oder gar als „antisemitisch“ denunziert. Öffentliche Veranstaltungen in Solidarität mit Palästina sind besonderen polizeilichen Schikanen ausgesetzt - viele sind geprägt von enthemmter Polizeigewalt, vor allem gegen Migrant:innen.

- ▷ Große Teile von Medien, Politik und Polizei stellen Araber:innen unter den Generalverdacht des Antisemitismus. Das knüpft nahtlos an die rechten Stimmungen an, die jüngst bereits durch die rassistischen Diskurse gegen Geflüchtete und Clan-kriminalität geschürt wurden.
- ▷ Dass Antisemitismus als arabisches „Importprodukt“ verkauft wird, erfreut besonders die deutschen Rechten, die gleich doppelt profitieren: Schuld sind 1. wiedereinander die Migrant:innen, während 2. elegant davon abgelenkt wird, dass der Antisemitismus seine eigentlichen Wurzeln in der deutschen und europäischen Rechten hat, wo er auch heute noch eine wichtige Rolle spielt: Der Angriff auf eine Synagoge in Halle im Rahmen des rechten Terroranschlags im Oktober 2019 und das Revival antisemitischer Verschwörungstheorien in der Querdenkerszene sind nur zwei Beispiele.

Sich gegen den Krieg in Palästina und für eine sozialistische Perspektive im Nahen Osten stark zu machen ist nicht nur eine Frage der Haltung und des Mutes, Position für die Menschen vor Ort zu beziehen - es ist verbunden mit konkreten Kämpfen vor unserer Haustüre:

- ▷ **Dem deutschen Imperialismus in den Rücken fallen!**
Gegen die Kriegstreiber in der deutschen Politik, in Banken und Rüstungskonzernen, die die Kriege Israels, der Türkei, Saudi-Arabiens und vieler anderer hierzulande propagieren, finanzieren und ausrüsten!
- ▷ **Den Rechtsruck in Deutschland bekämpfen!**
Gegen die rassistischen Hetzer im gesamten Lager der bürgerlichen Parteien, gegen Bildzeitung und Konsorten - Internationale Solidarität statt antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus!

15

DEUTSCHE WAFFEN, DEUTSCHES GELD...



... morden mit in aller Welt! Was steckt dahinter? Welches Interesse verfolgt die deutsche Politik und damit die deutschen Konzerne international? Um das anschaulich zu zeigen, hier eine Karte einiger wichtiger Schauplätze des deutschen Imperialismus. Es ist keine vollständige Aufzählung. Wir wollen zeigen: Die Interessen der deutschen Kapitalisten sind vielfältig. Von Rohstoffen in anderen Ländern, Handelsrouten, Militärstützpunkten bis zur Abschottung gegen Geflüchtete. Alles dient dazu eine eigene deutsche Machtstellung in der Welt aufzubauen. Wirtschaftlich, wie auch militärisch.

Militärmanöver „Steadfast Defender 2024“
Die NATO setzt beim Konflikt mit Russland auf Aufrüstung, Abschreckung und Machtdemonstrationen. Bei immer größeren Militärübungen wie dem Manöver „Steadfast Defender 2024“, dem größten seit Ende des Kalten Kriegs, wird geübt wie zehntausende Soldaten und schweres Gerät an die Ostflanke der NATO, ins Baltikum, verlegt und dort eingesetzt werden können. Und Deutschland stationiert hier dauerhaft Truppen. Aus aktuell 800 Bundeswehr-Soldaten in Litauen sollen bis nächstes Jahr 4000 werden.

Waffenlieferungen
Deutschland ist mit Waffenexporten im Rekordwert von über 12 Milliarden Euro im Jahr 2023 einer der größten Waffenexporteure weltweit. Mehr als ein Drittel davon gingen in die Ukraine, also in einen aktiven Krieg. Dabei gibt es die Richtlinie, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Auch wenn diese schon oft umgangen wurde - seit dem Ukrainekrieg wird sie bewusst ignoriert. Das ist die sogenannte „Zeitenwende“. Die deutschen Waffenhersteller freut es - nicht nur durch Exporte, sondern auch durch die Milliarden die in die Bundeswehr gesteckt werden gehen ihre Gewinne rasant nach oben. Allein die Aktie von Rheinmetall hat sich seit Februar 2022 um mehr als das dreifache im Wert gesteigert.

In der **Ukraine** tobt ein blutiger Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland, bei dem schon Hunderttausende getötet wurden. Dabei geht es nicht um Demokratie, sondern um die Vorherrschaft in Osteuropa. Deutschland hat eine führende Rolle im Konflikt: Die BRD liefert nach den USA die meiste militärische Hilfe an die Ukraine. Insgesamt über 17 Milliarden Euro sind hier schon geflossen, für das Jahr 2024 sind insgesamt 8 Milliarden veranschlagt. Außerdem unterstützt die Bundeswehr den Krieg durch Beratung und Ausbildung. Deutschland beteiligt sich am Wirtschaftskrieg gegen Russland durch Sanktionen, vor allem im Energiebereich. Bislang litt darunter vor allem die Arbeiter:innenklasse hierzulande. Aber wieso ist eine westlich orientierte Ukraine für Deutschland so wichtig? Strategisch günstig gelegen um Russland unter Druck zu setzen, reich an verschiedenen wirtschaftlich wichtigen Rohstoffen wie Erdgas und Lithium, größter Absatzmarkt und Herkunftsort für Fachkräfte außerhalb der EU in Europa. Deshalb kämpft Deutschland so erbittert darum, dass die Ukraine Teil des westlichen Blocks wird, anstatt des russischen.

Indopazifik: Bereits seit 2018 hatte die Bundesregierung angekündigt den „Indopazifik“ (eine Wortneuschöpfung, die vor allem den Indischen Ozean und Südostasien meint) mehr in den Fokus zu rücken. Die Präsenz wird ausgebaut, etwa durch gemeinsame Truppenmanöver mit Australien oder die Sicherung von See(handels)wegen. 2021 kreuzte erstmals seit 20 Jahren eine Fregatte der Bundeswehr das Südchinesische Meer. Ein Signal gegen China. Ähnlich sind Delegationen nach Taiwan zu sehen. Man will sich auf den offenen Konflikt mit dem aufstrebenden Rivalen China vorbereiten, im Bündnis mit den USA. Aber die Rolle von Deutschland ist widersprüchlich, denn eigentlich ist China wichtigster Handelspartner. Im Imperialismus gibt es aber keine friedliche Koexistenz zwischen Rivalen um Rohstoffe und Märkte.

Türkei: Die Türkei ist ein wichtiger Partner der BRD. Als Handels- und als militärischer Partner, aber auch wegen der Lage des Landes auf Fluchtrouten nach Europa. Deshalb liefert Deutschland immer wieder Waffen in die Türkei, unterstützt den brutalen Krieg gegen die Kurd:innen und verfolgt selbst die kurdische Bewegung in Deutschland. In den letzten Jahren wurden zum Beispiel kurdisch- und türkischstämmige Linke, die Spenden gesammelt hatten, wegen angeblicher „Terror-Unterstützung“ zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt und das Zeigen von kurdischen Symbolen verboten und verfolgt.

Israel/Palästina: Der fürchterliche Krieg Israels gegen die Palästinenser:innen in Gaza wird auch durch deutsche Waffen und Infrastruktur ermöglicht. Dass die Herrschenden Deutschlands Israel unterstützen liegt nicht an angeblichen moralischen Verpflichtungen, sondern an knallharten geopolitischen Interessen: Israel ist vor allem für das US-Militär ein wichtiger Stützpunkt im Nahen Osten. Unmittelbar spürbar ist die Unterstützung Israels auch durch die brutale und beispiellose Unterdrückung palästinensischer Proteste durch deutsche Politik und Justiz. (Siehe dazu auch S. 14/15)

Balkan: Der erste NATO-Angriffskrieg mit der Bombardierung Jugoslawiens 1999 wird oft als humanitärer Einsatz beschönigt. Dabei war er ein verheerender Krieg im Sinne westlicher Interessen. Das sieht man allein daran, dass auch heute noch hunderte deutsche Soldaten im Kosovo und anderen Teilen des Balkans stationiert sind, um die Interessen deutscher Konzerne zu schützen.

Abschottung gegen Geflüchtete
Durch eskalierende Kriege, Klimawandel und Armut sind weltweit so viele Menschen wie noch nie auf der Flucht. Die Abschottung gegen sie ist ein Teil der deutschen „Sicherheitsinteressen“. Die EU rüstet an den Grenzen auf, Deutschland und andere Länder führen interne Grenzkontrollen wieder ein und die Seenotrettung im Mittelmeer wird kriminalisiert. Um das Asylrecht auszuhebeln sollen fliehende Menschen möglichst schon außerhalb Europas gestoppt werden. Dazu hat die EU mehrere „Flüchtlings-Deals“ geschlossen, unter anderem mit Marokko, Libyen und der Türkei. In diesen Ländern werden die Geflüchteten unter grausamen Bedingungen in Lager gesperrt und oft misshandelt, zur Arbeit gezwungen oder sexuell ausgebeutet. Dafür bekommen diese Länder von Deutschland und der EU Milliarden Euro sowie moderne Überwachungstechnologie und Waffen für die Grenzsicherung zur Verfügung gestellt. Technologie, die auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wird.

(ehemalige und aktuelle) **Auslandseinsätze und stationierte Soldaten der Bundeswehr:**
Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Litauen, Mali, Afghanistan, Somalia, Sudan, Türkei, Irak, Ost-Mittelmeer, Küste vor Libyen, Niger

WARUM BESCHÄFTIGEN WIR UNS MIT GESCHICHTE?



Friedrich Engels hat einmal gesagt: „Sind wir einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen!“. Dem können wir nur zustimmen und sehen deshalb die vergangenen revolutionären Kämpfe als Teil unserer eigenen Geschichte an. Doch damit wir bei unserem Kampf nicht auf der Stelle treten, müssen wir Lehren aus der Geschichte ziehen, und dafür müssen wir uns mit ihr beschäftigen.

Das meiste, was wir heute jedoch in der Schule, im Fernsehen, aber auch an Universitäten und von der Forschung vorgesetzt bekommen, ist bürgerliche Geschichtsschreibung. Sie stellt den Kapitalismus als letzte und bestmögliche Gesellschaftsordnung dar und verschweigt und diffamiert die Geschichte der revolutionären Arbeiter:innenbewegung.

Darum müssen wir auch unsere eigene Geschichtsschreibung betreiben. Denn wir wissen, dass wir in einer langen Linie von revolutionären Kämpfen stehen. Und dass es keine Anzeichen dafür gibt, dass diese Linie zu Ende ist - im Gegenteil!



▲ Broschüre zu den Revolutionsjahren 1919-1923:



JA, WIR SIND KOMMUNIST:INNEN!

Und das müssen wir auch sein. Wieso? Egal, wo wir hin sehen, gibt es Unterdrückung, Ungleichheit, Kriege, Verfolgung und Umweltzerstörung. Das Kapital beutet ganze Kontinente aus. Es raubt Wasser und Lebensmittel, treibt Menschen in die Flucht und lässt sie auf dieser sterben. Und selbst in den reichen Zentren, in Europa oder den USA, erzeugt und duldet der Weltmarkt extreme Formen von Elend: Obdachlose, die neben leerstehenden Luxusbauten erfrieren. Rentner:innen, die in ihren Betten verwaarlosten, weil überlastete Pfleger:innen einfach nicht mehr hinterher kommen. Kürzungen, Entlassungen und die immer wieder wiederholten Dogmen der Reichen: IHR müsst sparen, IHR müsst für uns arbeiten, in den Krieg ziehen, ackern bis zur Rente, die man durch Flaschensammeln aufstocken muss, IHR müsst die ständig steigenden astronomischen Mieten und Lebensmittelpreise bezahlen. Diejenigen, die das anprangern und in Frage stellen, sind das Schlimmste, was sich bürgerliche Politiker:innen, Medien und Kapital ausdenken können: „linke Extremist:innen“, Radikale, Kommunist:innen. Wir aber nehmen diesen Vorwurf an. Die Ideen und Konzepte der revolutionären kommunistischen Bewegung entstehen und entstanden nicht aus Tagträumen, sondern aus dem Widerstand gegen die Alternativlosigkeit der Zustände. Unsere Forderung nach Revolution, dem Bruch mit dem herrschenden System, basiert nicht auf der Sehnsucht nach irgendeiner Utopie. Sondern auf einer Notwendigkeit. Der Notwendigkeit allen Kriegen, der Ausbeutung und Umweltzerstörung die Grundlage zu entziehen. Der Notwendigkeit der Revolution.

Es gab und gibt Revolutionen, sie sind keine Phantasien: 1917 sind Arbeiter:innen in St. Petersburg in Russland und später im ganzen Land aufgestanden und haben einen jahrhundertealten Terrorstaat, das Zarenreich, zu Fall gebracht. Bewaffnet und entschlossen haben sie sich gegen Polizei und Geheimdienste organisiert und sich in den Jahren vor der Revolution schrittweise aufgebaut. Als der alte Staat durch Krieg und Krise an seine Grenzen gekommen war, wurde

er von Arbeiter:innen, Bäuer:innen und Soldaten zerschlagen. Ein erster großer Versuch folgte, wie eine Gesellschaft unter Kontrolle der arbeitenden Menschen aussehen könnte. Und dafür wird die Sowjetunion von Rechten bis heute gehasst. Auf die Revolution in Russland folgten viele weitere sozialistische Revolutionen und Staaten. In ihnen wurde Arbeit freier und gleicher organisiert. Es wurde nicht mehr nach einem chaotischen Markt gehandelt, sondern nach den Bedürfnissen der Menschen. Frauen wurden gleichgestellt und die wirtschaftliche Entwicklung massiv angeschoben. Alphabetisierung, technische Entwicklung und Bildung stiegen rasant. Viele Länder, wie etwa China, entwickelten sich nach dem Vorbild der Sowjetunion von rückständigen Regimen oder abhängigen Kolonien zu unabhängigen, entwickelten und selbstständigen Ländern. Ja sie scheiterten und wurden besiegt. Von innen wie außen wurde der Kapitalismus wiederhergestellt.

Über die Gründe dieses Scheiterns kann und sollte man diskutieren. In erster Linie begreifen wir die Fehler, die zum Scheitern dieser Revolutionen führten, aber als Lektionen, aus denen wir Lernen müssen. Unsere Idee wird durch die historischen Niederlagen des Sozialismus nicht schwächer, denn die Probleme des Kapitalismus beweisen jeden Tag aufs Neue, dass er abgeschafft werden muss. Und auch in der heutigen Zeit gibt es inspirierende und heldenhafte Beispiele für revolutionäre Projekte und Bewegungen. Die kurdische Bevölkerung Nordsyriens hat im Bündnis mit vielen anderen Volksgruppen der Region das wehrhafte und beständige Projekt „Rojava“ geschaffen, das seit 2013 existiert. Auf den Philippinen, in Indien und Lateinamerika kämpfen seit Jahrzehnten revolutionär-kommunistische Gruppen und Parteien und schaffen Stützpunkte in denen die Bevölkerung die Macht hat. Und auch in Europa und Deutschland gibt es Bewegungen die erkannt haben dass eine Revolution sowohl überfällig, als auch möglich ist. Die Vorbereitung auf diese Situationen ist kein Tagtraum und kein Spiel. Sie ist notwendig.

RÄTSEL

- 1 Symbolische Blumen der Arbeiter:innenbewegung
- 2 Abk. Versammlung auf der Straße
- 3 Vorname von Liebknecht
- 4 Imperialistische Großmacht
- 5 Bezeichnung für Spy-Software auf Handys/Computern
- 6 Sozialistischer Staat
- 7 Kontrollieren seit 2021 Afghanistan
- 8 Israelische Armee
- 9 Revolutionär und marxistischer Theoretiker, vor 100 Jahren gestorben
- 10 Heraus am ersten...
- 11 Scholz kündigte sie an, die „Zeiten-...“
- 12 Unterhält besonders brutale Geflüchtetenlager
- 13 EU-Behörde zur Abschottung gegen Geflüchtete
- 14 Schon lange nicht mehr für die Arbeiterklasse
- 15 Kampf-Organisation gegen Rechts
- 16 Ampel senkt sie vor allem für Reiche
- 17 Begehrtes Leichtmetall, für moderne Batterien benötigt

